



Speaking Notes

Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit, SECO

Medienkonferenz 19. Observatoriumsbericht zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU
Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialleistungen

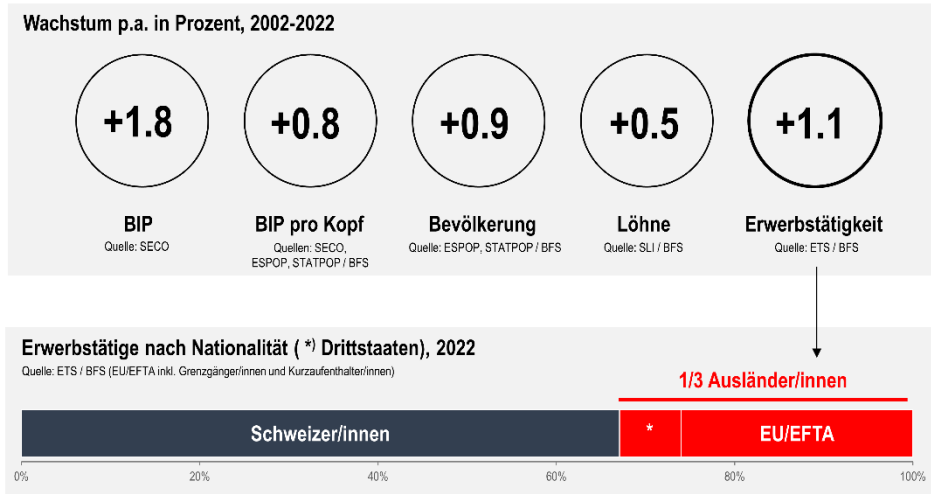
Datum

04.07.2023

Es gilt das gesprochene Wort.



Bestandesaufnahme



Sehr geehrte Damen und Herren

Kommen wir zu den Resultaten des Berichts. Im Rahmen eines Schwerpunktkapitels haben wir dieses Jahr die letzten zwei Jahrzehnte mit der Personenfreizügigkeit aufgearbeitet. Das Kapitel bietet eine Bestandesaufnahme zur Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitsmarkt unter dem Einfluss der Migration.

Zu Beginn einige makroökonomische Kennzahlen zur Illustration dessen was die Staatssekretärin bereits erwähnt hat: die vergangenen 20 Jahre waren turbulent, aber insgesamt dennoch sehr erfolgreich.

Das BIP wuchs seit 2002 jährlich um 1.8 Prozent pro Jahr. Zum Wachstum des BIP beigetragen haben je etwa zur Hälfte ein Ausbau des Arbeitsvolumens und ein Wachstum der Arbeitsproduktivität. Das Wirtschaftswachstum war nicht nur ein Wachstum in die Breite, sondern es wurde auch pro Kopf bzw. pro Arbeitsstunde ein Wohlstandsgewinn erwirtschaftet. Und dies geschah ausgehend von einem im internationalen Vergleich sehr hohen Niveau. Diese Zahlen widersprechen somit klar der zuweilen geäußerten Kritik, wonach das starke Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre einen Wohlstandszuwachs verhindert habe.

Das Wachstum kam via höhere Löhne auch bei den Arbeitnehmenden an: Die Reallöhne wuchsen um 0.5 Prozent pro Jahr, d.h. besseres, produktiveres Arbeiten wurde entsprechend wertgeschätzt und besser entlohnt.

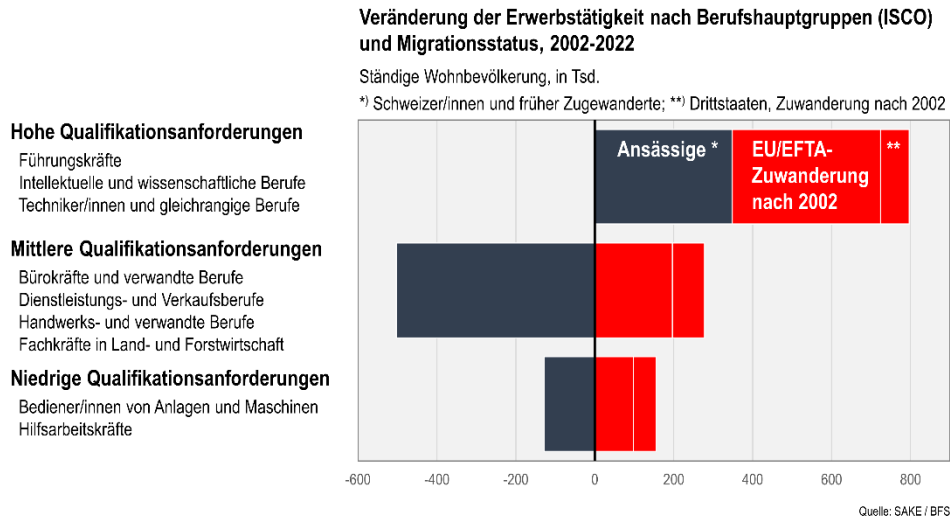
Auch die Beschäftigung ist stark gewachsen, stärker als die Bevölkerung insgesamt: Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Durchschnitt um 1.1% pro Jahr zu und wuchs von 4.1 Millionen auf heute 5.2 Millionen an. Zu diesem Beschäftigungsausbau hat einerseits ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen beigetragen. Das Beschäftigungswachstum hat aber auch stark mit der Personenfreizügigkeit zu tun: Die Rekrutierung im EU-Raum hat das Potenzial des Arbeitsmarkts deutlich erweitert und ein Stellenwachstum ermöglicht, das deutlich über unserem demografischen Potenzial liegt.

Heute machen ausländische Arbeitskräfte, unter Einbezug von Grenzgänger/innen und Kurzaufenthalter/innen, schweizweit 1.7 Millionen Personen und damit einen Drittel aller in der Schweiz aktiven Erwerbstätigen aus.



Zwanzig Jahre Personenfreizügigkeit

Arbeitsmarkt: Tiefgreifender Strukturwandel



Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einem ständigen strukturellen Wandel. Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte hat sie sich dabei zunehmend auf die Herstellung von Waren und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung spezialisiert, dies unter dem Einfluss einer rasanten technologischen Entwicklung und internationalem Wettbewerb.

Und der Arbeitsmarkt wandelte sich entsprechend mit. Wie Sie der Abbildung entnehmen können, hat die Erwerbstätigkeit in den vergangenen 20 Jahren vor allem in den Berufshauptgruppen am oberen Ende des Qualifikationsspektrums stark zugenommen: bei Führungskräften, in akademischen Berufen sowie bei technischen sowie anspruchsvollen nicht-technischen Berufen.

Leicht rückläufig entwickelte sich dagegen insgesamt die Erwerbstätigkeit in Berufen mit mittleren Qualifikationserfordernissen, wie etwa bei Bürokräften, oder in den Handwerksberufen. In etwa konstant blieb die Erwerbstätigkeit am untersten Ende des Qualifikationsspektrums, bei einfacheren Tätigkeiten und Hilfsarbeitskräften.

Für die einheimischen Arbeitskräfte eröffnete dieser Strukturwandel Chancen zum beruflichen Aufstieg, die viele erfolgreich nutzen konnten. So ist die einheimische Bevölkerung heute deutlich besser qualifiziert als vor zwanzig Jahren und übt anspruchsvollere berufliche Tätigkeiten aus.

Ergänzend wurde zur Deckung der hohen Arbeitskräftenachfrage auf das Potenzial an Arbeitskräften aus dem EU-Raum zurückgegriffen. Mehrheitlich wurden ebenfalls hochqualifizierte, oftmals spezialisierte Fachkräfte rekrutiert, aber nicht nur: Auch für Tätigkeiten auf mittlerer bis niedriger Qualifikationsstufe war die Rekrutierung im EU-Ausland relevant. So etwa in Handwerks- oder in Verkaufsberufen, wo sich das inländische Arbeitsangebot verringert und damit tendenziell verknappt hat. Diese Entwicklung war einerseits eine Folge der Höherqualifizierung der einheimischen Bevölkerung. Andererseits führte hier aber auch die demografische Entwicklung zu Ersatzbedarf – ich komme später noch darauf zurück.

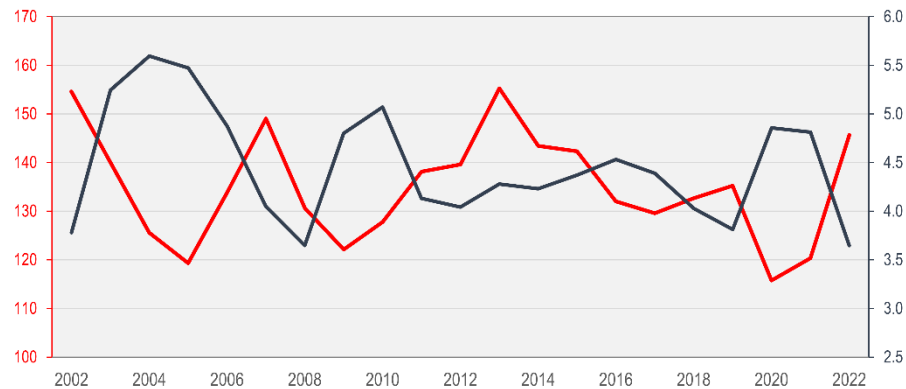


Zwanzig Jahre Personenfreizügigkeit

Bedarfsgerechte Ausländerekrutierung

Arbeitsmarktzuwanderung aus der EU/EFTA und Stellensuchendenquote

Bruttoeinwanderung mit Erwerb, ständige und nicht ständige Wohnbevölkerung, in Tsd. (Skala links) und Stellensuchendenquote, in % (Skala rechts), 2002-2022



Quelle: ZEMIS / SEM, ETS / BFS, Arbeitsmarktstatistik SECO

Kurz zusammengefasst lässt sich sagen: Die Zuwanderung im Rahmen der Personenfreizügigkeit erfolgte bedarfsgerecht. Sie diente über das gesamte Qualifikationsspektrum hinweg der Deckung einer entsprechenden Nachfrage, und stellte damit eine gute Ergänzung zu den ansässigen Arbeitskräften dar.

Dies bestätigt sich im Konjunkturverlauf: Sie erkennen in dieser Abbildung, dass sich die Zuwanderung von Arbeitskräften in den vergangenen Jahren in aller Regel gegenläufig zur Stellensuchendenquote entwickelt hat. Das heisst, die Zuwanderung steigt in Phasen mit steigender Arbeitskräftenachfrage und sinkender Arbeitslosigkeit tendenziell an und verringert sich umgekehrt, wenn sich die Nachfrage abschwächt und die Arbeitslosigkeit ansteigt.

Aktuell sind wir nach erfolgreicher arbeitsmarktlicher Erholung nach der Covid-Krise wieder in einer Phase mit starker Arbeitskräftenachfrage. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefststand, der Arbeitsmarkt ausgetrocknet. Entsprechend fiel auch die Arbeitsmarktzuwanderung im letzten Jahr hoch aus - sie bleibt es vorerst auch weiterhin. In vielen Wirtschaftszweigen haben die Unternehmen nach wie vor erhöhte Rekrutierungsschwierigkeiten. Die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte kann solche konjunkturellen Arbeitskräfteengpässe etwas entschärfen. Verhindern kann sie diese in aller Regel nicht, da sich die Konjunkturzyklen international oft parallel entwickeln.

Der strukturelle *Fachkräftemangel* – wie wir ihn seit vielen Jahren bspw. in MINT- oder in Gesundheitsberufen kennen - ist weniger konjunkturabhängig. Die Rekrutierungsmöglichkeiten im Ausland können auch einem solchen berufsspezifischen Fachkräftemangel entgegenwirken. Auch hier darf man allerdings nicht erwarten, dass die Zuwanderung jeden Engpass beseitigt, denn oftmals sind im Ausland dieselben Berufsprofile knapp verfügbar und entsprechend gefragt.

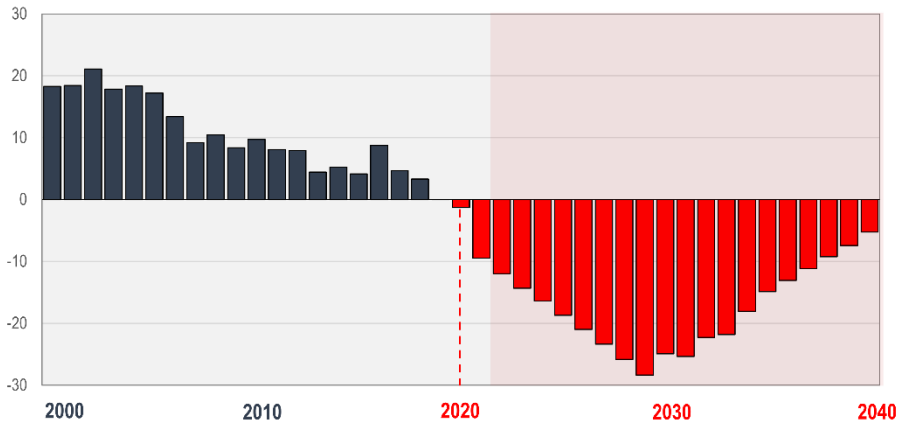


Zwanzig Jahre Personenfreizügigkeit

Wachsender demografischer Ersatzbedarf

Jährliche Differenz zwischen der Anzahl 20- und 65-Jährigen

Für die Jahre 2000-2021 im jeweiligen Jahr, Werte ab 2022 gemäss BFS-Referenzszenario, in Tsd.



Quelle: ESPOP, STATPOP / BFS; Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2020 / BFS

Ich habe den demografischen Ersatzbedarf bereits angesprochen. Auch dieser Aspekt ist relevant, und er wird in den kommenden Jahren noch wichtiger werden.

Das demografische Wachstum der Erwerbsbevölkerung hat sich in den letzten Jahren verlangsamt. Sie sehen es in dieser Abbildung: Seit dem Jahr 2020 übersteigt in der Schweiz die Zahl der 65-Jährigen jene der 20-Jährigen. Das heisst es treten nun Jahr um Jahr tendenziell mehr Personen durch Pensionierung aus dem Arbeitsmarkt aus als junge Personen in den Arbeitsmarkt neu eintreten.

Die Möglichkeit zur Arbeitskräfterekrutierung im EU/EFTA-Raum wirkt für Unternehmen in der Schweiz bereits heute auch der demografischen Verknappung des Arbeitsangebots entgegen.

Mit der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge der «Babyboomer» wird sich diese demografische Lücke im Arbeitsmarkt noch vergrössern. Gemäss dem Referenzszenario zur Bevölkerungsentwicklung des Bundesamts für Statistik wird diese bis zum Jahr 2030 kontinuierlich anwachsen und danach allmählich wieder verringern. Im Mittel werden bis zum Jahr 2040 jährlich rund 20'000 Personen mehr das Rentenalter 65 erreichen als junge Personen 20 Jahre alt werden.

Ein weiteres Wachstum der Bevölkerung im Erwerbsalter wird in Zukunft also noch stärker als bisher von der Zuwanderung abhängen.

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass es der Schweiz auch in Zukunft gelingen wird, die benötigten Arbeitskräfte aus dem Ausland anziehen zu können. Die Schweiz ist als Land zum Arbeiten und Leben attraktiv. Auch das Bundesamt für Statistik legt seinem Referenzszenario als Hypothese zur Zuwanderung eine Entwicklung zugrunde, die in einem ähnlichen Rahmen ausfällt wie in den vergangenen Jahren.

Die Konkurrenz um mobile Arbeitskräfte dürfte sich aber künftig verstärken, denn die demografische Entwicklung schreitet auch in den umliegenden Ländern voran.

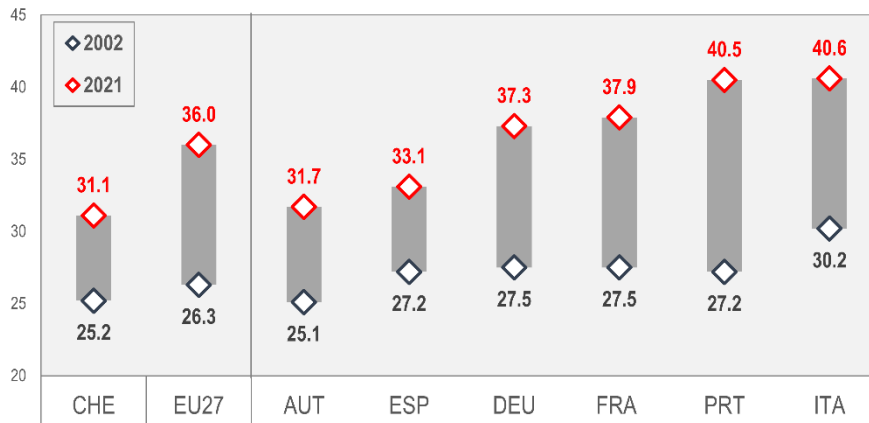


Zwanzig Jahre Personenfreizügigkeit

Migration dämpft demografische Alterung

Zunahme des Altersquotienten zwischen 2002 und 2021

Schweiz und ausgewählte Länder der EU, in %



Quelle: EUROSTAT

Eine Illustration der demografischen Realitäten in Europa sehen sie in dieser Abbildung. Sie zeigt die Entwicklung des Altersquotienten, ein Mass für die demografische Alterung einer Gesellschaft. Der Quotient entspricht dem Verhältnis der über 65-Jährigen zu den Personen im Erwerbsalter.

Über die vergangenen zwanzig Jahre ist der Altersquotient in allen europäischen Ländern angestiegen, allerdings unterschiedlich stark. In der Schweiz beträgt er heute 31 Prozent, ein vergleichsweise vorteilhaftes Verhältnis. Auf jede Person, die 65 Jahre oder älter ist, kommen also etwas mehr als drei 20- bis 64-Jährige.

Deutlich rascher schritt die demografische Alterung etwa in Deutschland, Frankreich, Portugal und Italien voran, weniger stark etwa in Österreich und Spanien. Letztere Länder konnten ähnlich wie die Schweiz von einer relativ hohen Zuwanderung junger Arbeitskräfte profitieren. Zuwanderer, die aus der EU in die Schweiz kommen sind bei ihrer Einreise im Durchschnitt 30 Jahre alt. Dies wirkte der Alterung in den vergangenen Jahren ganz offensichtlich dämpfend entgegen.

Dieser Effekt ist nicht vernachlässigbar: Nicht nur der Arbeitsmarkt hat davon profitiert. Auch die Finanzierungslast der AHV konnte so vorerst auf mehr Köpfe verteilt werden.

Kernbotschaften

Zwanzig Jahre Personenfreizügigkeit aus arbeitsmarktlicher Sicht:

- Bedarfsorientierte Zuwanderung erweitert Potenzial des Arbeitsmarkts
- Rekrutierung im Ausland auch zur Abfederung demografischen Ersatzbedarfs
- Zuwanderung junger Erwerbspersonen dämpft Alterung

Ausblick:

«Demografische Lücke» auf dem Arbeitsmarkt wächst, Zuwanderung bleibt wichtig zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs

Lassen Sie mich mich damit zum Schluss kommen und nach dieser Bestandesaufnahme über zwei Jahrzehnte mit der Personenfreizügigkeit aus arbeitsmarktlicher Sicht festhalten:

Die EU-Zuwanderung war zur Deckung der Arbeitskräftenachfrage in den vergangenen zwanzig Jahren wichtig. Sie erfolgte bedarfsgerecht und erweiterte so das Potenzial des Arbeitsmarkts.

In vielen Bereichen diente die Rekrutierung im Ausland dabei vermehrt auch der Abfederung von demografischem Ersatzbedarf.

Dieser wird in den kommenden Jahren nicht nur hierzulande, sondern auch im Ausland weiter zunehmen. Damit akzentuiert sich auch die Konkurrenz um Arbeitskräfte. Gerade junge, qualifizierte, innovative Arbeitskräfte werden mehr denn je eine begehrte Ressource in einem alternden Europa sein. Dass es uns auch künftig gelingt, die benötigten Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuziehen, ist demnach keine Selbstverständlichkeit.

Für die Anpassungsfähigkeit unserer Wirtschaft an die Herausforderungen der Zukunft sind die erweiterten Rekrutierungsmöglichkeiten, die uns die Personenfreizügigkeit bietet, auch für die kommenden zwanzig Jahre von grosser Bedeutung: Damit wir auch als alternde Gesellschaft unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand erhalten können, bleiben wir auf Zuwanderung angewiesen. Selbstverständlich ist, dass wir dabei auch das inländische Potenzial bestmöglich fördern und ausschöpfen müssen.